

Sieglinde Rosenberger

Erosionen und Transformationen

Politische Trends seit den 1980er-Jahren

Die Politik der Zweiten Republik war grundsätzlich harmonisch ausgerichtet; die Säulen des politischen Systems relativ starr und wenig mit Demokratie durchdrungen; Klischees über Österreich wurden bedient; die Menschen trotzdem oder gerade deshalb politisch relativ zufrieden, engagiert und abstinent gleichermaßen.

Als charakteristisch gelten die große Kontinuität und Stabilität, ein grundsätzlicher Konsens der beiden weltanschaulichen „Lager“ und eine ausgeprägte Loyalität der WählerInnen gegenüber „ihren“ politischen Parteien. Selbst Wahlen, die die Regierungskonstellation veränderten (z.B. Alleinregierung der SPÖ zwischen 1971 und 1983), änderten oft wenig an der Verteilung von politischem Einfluss: Männer der beiden ehemaligen Großparteien dominierten in parteienstaatlicher Weise Politik und Gesellschaft. Die verbändestaatliche Verflechtung von Interessensorganisationen mit Parteien und staatlichen Einrichtungen verstärkte die Machtakkumulation und sicherte den Elitenkonsens. Als besonders österreichisch gilt die Sozialpartnerschaft, die ohne unmittelbare demokratische Legitimation auf Parlament und Regierung Einfluss ausübt.

Augenscheinlich wird die Kontinuität der politischen Verhältnisse in der 30-jährigen ununterbrochenen sozialdemokratischen Regierungstätigkeit sowie in der Zusammenarbeit zwischen SPÖ und ÖVP selbst in Phasen von Alleinregierungen. Noch stärker als auf der Bundesebene ist und war die „Erstarrung“ auf der Ebene der Bundesländer (z.B. Proporzregelungen).¹

Erklärt wird das konsensuale politische Grundmuster (Konkordanzdemokratie) unter anderem mit den negativen Erfahrungen der Vergangenheit. Die Eskalation des Parteienwettbewerbs und letztlich der Bürgerkrieg der Ersten Republik, Austrofaschismus und Nationalsozialismus hätten die RepräsentantInnen des katholisch-konservativen und des sozialistischen „Lagers“ motiviert, eine Politik des Gemeinsamen über das Trennende zu stellen. Paradoxerweise aber bedurfte das gemeinsame Regieren auf der Grundlage der Vergangenheit der Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Erst diese

**Kontinuität
und
Stabilität**

**Konkordanz-
demokratie**

Doppelfunktion, zum einen die Tatsache von Bürgerkrieg und Nationalsozialismus, zum anderen „das große Tabu“², schuf das Fundament für den politischen Konsens. Deshalb ist es auch nicht Zufall, dass später, in den 1980er- und 1990er-Jahren, die politischen und gesellschaftlichen Bruchlinien und Konfrontationen sich entlang von Äußerungen zur Vergangenheit aufturn (Waldheim-Debatte; „Sanktionen“-Debatte³).

Seit den 1970er-Jahren sind sozio-ökonomische Veränderungen, gesellschaftliche Säkularisierung und Modernisierung zu beobachten; seit Mitte der 1980er-Jahre schlagen sich diese Prozesse auch in tiefgreifenden Veränderungen des politischen Systems nieder. Erosionen werden in den Milieus und Subkulturen, in der Rolle der beiden Traditionsparteien und in den sozialpartnerschaftlichen Entscheidungsstrukturen konstatiert. Hingegen gewann der Parlamentarismus durch den Einzug der Grünen (1986) und des Liberalen Forums (1993) in den Nationalrat an Bedeutung. Die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition intensivierten sich. Letztlich veränderten die kontinuierlichen Stimmengewinne der FPÖ seit 1986 die politische Landschaft.⁴

Konkordanz und Proporz auf der Regierungsebene haben die Dynamik an der sozialen Basis und im Parteiensystem mehr als ein Jahrzehnt überdauert. Denn gerade 1986, als sich die gesellschaftlichen Aufbrüche und deren Auswirkungen auf das Politische bereits abzuzeichnen begannen, erfolgte die Wiederauflage der Großen Koalition.

In diesem Beitrag geht es um die Präzisierung von Trends, die unter der Glocke der Großen Koalition florierten, und welche die vorläufig letzte Kontinuitätsbastion, die Große Koalition selbst, zu Fall brachten.⁵ Im folgenden Kapitel werden Symptome der Veränderung, Erosionssplinter in der politischen Konsenskultur exemplarisch aufgezeigt. Erosionssplinter, die der machtpolitischen Konstellation nach der Nationalratswahl im Oktober 1999, bei der die SPÖ stimmenstärkste Partei blieb und die FPÖ mit 400 Stimmen Überhang die ÖVP vom bisherigen zweiten Platz verdrängte, vorangegangen sind.

Politische Trends zwischen Aufbruch und Kontinuität

Die Eigenheiten des politischen Systems, die Österreich anders als andere liberal-demokratische Systeme erscheinen lassen – nämlich harmonischer, unpolitischer, auf national-kulturellen Klischees basierend –, werden seit den 1980er-Jahren brüchig. Sinkende Wahlbeteiligung und sinkende Parteiloyalitäten, mehr Flexibilität und Protest im Wahlverhalten, die Dekonzentration des Zweiparteiensystems und anderes mehr gelten als wichtige Kennzahlen für den Prozess der so genannten Entaustriifizierung österreichischer Politik (siehe Tab.S.13, Nationalratswahlen 1945–1999).

Wahlbeteiligung

Bis in die 1980er-Jahre galt das Wählen als StaatsbürgerInnenpflicht. Die Wahlbeteiligung lag stets über der 90-Prozent-Marke. Selbst an der Volksabstimmung betreffend die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf (1978) beteiligten sich mehr als 64 Prozent der Wahlberechtigten. 1990 ging die Wahlbeteiligung erstmals auf 86 Prozent zurück, 1999 betrug sie bei der Nationalratswahl 80 Prozent und bei der Wahl zum Europäischen Parlament knapp 50 Prozent (siehe Tab. S.14, Wahlbeteiligung in Österreich). Die sinkende Wahlbeteiligung signalisiert zwar die tendenzielle Verabschiedung von der offiziellen Politik, sie ist demokratiepolitisch gesehen aber nicht dramatisch. Dies deshalb, weil sie einerseits im westeuropäischen Durchschnitt liegt, und andererseits, weil parallel dazu direkt-demokratische Instrumente (Volksbegehren) und so gennante *grass-roots*-Bewegungen (Bürgerinitiativen, Umweltinitiativen) Teil der politischen Landschaft geworden sind. Die sinkende Wahlbeteiligung alleine kann alleine noch daher noch nicht als sinkendes politisches Interesse gedeutet werden, wohl aber als Mobilisierungsdefizit der politischen Parteien.

sinkende
Wahlbe-
teiligung

Parteimitgliedschaft und Organisierung

Die WählerInnen waren bis in die 1980er-Jahre in hohem Maße über eine formelle Mitgliedschaft an eine politische Partei gebunden (der so genannte Organisationsgrad von SPÖ und ÖVP lag bei über 26 Prozent). Diese Bindung bedingte eine hohe Loyalität bei Wahlen – die Menschen identifizierten sich mit „ihrer“ Partei und betrachteten Politik durch eine „Parteibrille“. Bis in die 1970er-Jahre wurde praktisch nicht wechselgewählt (im Jahre 1979 betrug der Anteil der WechselwählerInnen lediglich sieben Prozent).

Umgekehrt erwarteten sich die Mitglieder/WählerInnen von den mächtigen politischen Parteien Unterstützung bei alltäglichen Problemlagen. Die Mitgliedschaft hatte neben ideologischen Motiven nicht selten auch Protektionsmotive zur Grundlage.

Seit den 1980er-Jahren gehen Parteidentifikation und -mitgliedschaft stark zurück – sie liegen in den 1990er-Jahren bei etwa 18 Prozent⁶. Die Stimmenrückgänge der so genannten Mitgliederparteien (SPÖ und ÖVP) einerseits sowie die Stimmengewinne der so genannten WählerInnenparteien (FPÖ, Grüne, LIF) andererseits stehen hinter diesem Trend. Parallel dazu stieg der Anteil der WechselwählerInnen. Die Wahlforschung spricht von einer Neuorientierung und -formation des Wahlverhaltens mit folgenden Mustern: a) Generativer Wechsel – die Älteren votieren stärker für SPÖ und ÖVP, die Jüngeren für FPÖ, Grüne und das LIF. b) Sozio-ökonomischer Wechsel – die ArbeiterInnen verlassen die SPÖ und präferieren am deutlichsten die FPÖ.⁷

In parteiorganisatorischer aber auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht deutet die Abwärtsdynamik im Organisationsgrad die Auflösung der parteilichen Subkulturen an.

Organisatorisch folgt die FPÖ dem Typus einer WählerInnenpartei, im Gegensatz zur Mitgliederpartei (der Organisationsgrad der FPÖ liegt bei etwa 4 Prozent). Mitgliederparteien sind mehr oder weniger demokratisch aufgebaut, d.h. die Mitglieder haben innerparteilich Mitentscheidungsrechte. WählerInnenparteien stehen weniger vor der Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die Zustimmung innerparteilicher Gruppen und Gremien. Die FPÖ als typische WählerInnenpartei besitzt ein Parteistatut, das den Parteiobmann von demokratischen Entscheidungsprozessen unabhängig macht und ihn mit einer Generalvollmacht in Personalfragen bei der Nominierung von Listen für Wahlgänge ausstattet.⁸

Dekonzentration des Parteiensystems

Bis in die 1980er-Jahre gehörte das österreichische 2-1/2-Parteiensystem (gemeint sind damit SPÖ, ÖVP und die damals noch kleine FPÖ) zu den stabilsten und konzentriertesten in Westeuropa. Alleine die Stimmenanteile, die SPÖ und ÖVP bei Nationalratswahlen auf sich vereinigten, betragen in der Zeit zwischen 1956 und 1986 über 90 Prozent (siehe Tab. S.14, Stimmenanteile der Großparteien).

Seit den 1980er-Jahren kommt das Parteiensystem in Bewegung, es setzt ein Prozess der Aufsplitterung, begleitet von einer Erosion der Großverbände, ein. Im Mehrparteiensystem sind seit 1986 die Grünen und zwischen 1993 und 1999 das Liberale Forum (LIF) vertreten. Das LIF wurde von ParlamentarierInnen gegründet, die nach dem von der FPÖ durchgeführten Volksbegehren „Österreich zuerst“ (1993) aus dem FPÖ-Klub austraten.

Die politischen Gewichte der Parteien blieben aber zwischen „rechts“ und „links“ unterschiedlich verteilt. SPÖ, ÖVP und FPÖ befanden sich in den 1990er-Jahren machtpolitisch in einer ähnlich starken Position, alle drei Parteien kamen rein rechnerisch für die Regierungsbildung in Frage. Grüne und LIF hingegen spielten zu keiner Zeit die Rolle des Züngleins an der Waage, da eine parlamentarische Mehrheit zusammen mit der SPÖ nie gegeben war.

Der Verfassungsjurist Manfred Welan sieht im politischen Wechsel von Regierung und Opposition ein „Lebenselement der Demokratie“⁹ und plädiert formal-demokratiepolitisch für Veränderungen in der Regierungskonstellation. Ein wesentlicher Grund für die lange

Parteidentifikation und -mitgliedschaft gehen stark zurück

Aufsplitterung, Erosion der Großverbände

Kontinuität der Großen Koalition, bei gleichzeitiger sozialer, gesellschaftlicher und politisch-prozeduraler Diskontinuität (Dekonzentration des Parteiensystems und mobiles Wahlverhalten) war aber, dass es keine Alternative zu ihr gab. Die FPÖ galt bis zum Februar 2000, insbesondere aufgrund von verharmlosenden Äußerungen zum Nationalsozialismus, weder für die SPÖ noch für die ÖVP als regierungsfähige Partnerin.

Gleichstellung und Geschlechterdifferenz (Gender Gap)

Charakteristisch für die österreichische politische Kultur der Zweiten Republik war weiters eine so genannte Männerstaatlichkeit: Der Frauenanteil im Parlament lag bis 1975 stets unter dem Anteil des Jahres 1919 von 5,7 Prozent; erstmals bekleidete eine Frau 1966 ein Ministeramt; 1979 wurde erstmals mit dem *Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen* und dem *Staatssekretariat für berufstätige Frauen* die Ungleichverteilung zwischen den Geschlechtern auch institutionell zum Thema.

Berufliche Gleichstellung – partnerschaftliche Privatheit – Wahlverhalten

Nicht zuletzt haben Stimmungen, die auf die Frauenbewegung zurückgehen, und geschlechterbezogene Quotenbestimmungen die politischen Mannschaften in Parlament und Regierung aufgebrochen. Maßnahmen zur beruflichen Gleichstellung (z.B. Gleichbehandlungsgesetz) und Debatten zur partnerschaftlichen Privatheit (z.B. Familienrecht) veränderten die Geschlechterverhältnisse.

Im Verlauf der 1990er-Jahre zeigen Frauen und Männer, insbesondere junge Frauen und junge Männer, ein ausgeprägt unterschiedliches Wahlverhalten. Zwei Trends bilden sich heraus: a) Jüngere, besser gebildete und qualifizierte Frauen neigen zu politischen Parteien mit postmaterialistischen, libertären Ausrichtungen. b) Frauen zeigen, im Vergleich zu Männern, eine ausgeprägtere Distanz gegenüber der FPÖ. So votierten bei der Nationalratswahl 1999 32 Prozent der Männer und 21 Prozent der Frauen für die FPÖ (d.h. der Geschlechterunterschied beträgt 11 Prozentpunkte).¹⁰

Parteienstaatlichkeit

Schleusenwörter der Gesellschaft

Die Zweite Republik war bzw. ist parteienstaatlich strukturiert, die Regierungsparteien üben nicht bloß die Rolle aus, die ihnen originär in parlamentarischen Demokratien zukommt – nämlich die Interessensartikulation und -vertretung, die Rekrutierung des politischen Personals und die Beteiligung an Wahlen mit dem Ziel, möglichst viele Stimmen zu erreichen. Sie funktionierten darüber hinaus als Milieuparteien, die die Menschen „von der Wiege bis zur Bahre“ begleiten und demzufolge ein starkes „Protektionsmotiv“ bedienen. Die Parteien üben die Funktion der Schleusenwörter in der Gesellschaft aus.

Historisch liegt die Ursache der Überfunktionen der österreichischen Parteien unter anderem in der verstaatlichten Wirtschaft. Mit den Verstaatlichungsgesetzen (1947 und 1949) wurde die Republik Eigentümerin zahlreicher Industriebereiche, die Parteien wurden deren Verwalter. Proporzanteile zwischen SPÖ und ÖVP haben hier ihre Wurzeln.

Seit 1986 verlieren die beiden Traditionsparteien nicht nur Stimmen, sondern auch ihre gesellschaftsprägende Verankerung. Sie haben insbesondere ihre Rolle als Sozialisationsagentur und Prägekraft nach innen sowie ihre Bedeutung als Kommunikator politischer Themen eingebüßt. Die Massenmedien und die Mediatisierung der Politik, die Symbolisierung und Ästhetisierung gewinnen dadurch, ähnlich wie in anderen „Massendemokratien“¹¹, an zusätzlicher Relevanz.¹²

Sozialpartnerschaft

Wachsende Konfliktorientierung

Eine Konsequenz der Trends in den Politikmustern ist die wachsende Konfliktorientierung gegenüber der lange Zeit konstatierten und kritisierten sozialpartnerschaftlich geprägten Konsenskultur. Der Konsens zur Sozialpartnerschaft selbst wurde insbesondere mit dem

Erstarken jener Parteien, die nicht in den sozialpartnerschaftlichen Gremien partizipieren, nämlich FPÖ und Grüne, brüchig. Machtstrategische Überlegungen wurden in harsche Systemkritik gekleidet.

In den 1980er-Jahren ist die Neigung zu einem Mehr an Konfliktaustragung auch auf die genuine Begrenztheit des sozialpartnerschaftlichen Entscheidungsmodus bei gesellschaftlichen Spannungen zurückzuführen. Neue soziale Bewegungen stießen in dieses Vakuum, artikulierten gesellschaftspolitische Themen und brachten diese auf die politische Bühne. Damals wurde die unumstrittene Dominanz der Wirtschaftswachstumslogik gegenüber ökologischen Problemstellungen relativiert. (Siehe auch den Beitrag von Herbert Gottweis in diesem Band)

Die verbändestaatliche Komponente, d.h. die Verbindung von Interessensorganisationen und staatlichen Institutionen/Akteuren, sowie der sozialpartnerschaftliche Entscheidungsmodus des Kompromisses erfahren aber erstmals mit der blau-schwarzen Regierungsbildung eine wirkliche Zäsur. Politische Entscheidungen werden zunehmend ohne die Sozialpartner auf der ArbeitnehmerInnenseite getroffen.

EU-Mitgliedschaft

Für die 1990er-Jahre schließlich stellt der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (1995) ein umfassendes politisches Reformprojekt dar. Die Mitgliedschaft bedingt sowohl institutionelle als auch inhaltliche Veränderungen. Gemeinschaftsrecht ist zu übernehmen, die Angelegenheiten der „drei Säulen“ (Währungs- und Wirtschaftsunion, Außen- und Sicherheitspolitik, Zusammenarbeit im Bereich von Justiz und Inneres) werden nicht mehr in den nationalen Parlamenten entschieden. Die österreichische Politik gab Handlungsspielräume ab, gleichzeitig ist sie in europäische Institutionen eingebunden (vgl. den Beitrag von Sonja Puntischer Riekmann in diesem Band).

**Reform-
projekt**

Die wettbewerbsstaatliche Logik der EU, die tendenziell zu Lasten einer wohlfahrtsstaatlichen Politik geht, verändert auch die nationalstaatlichen Politik. Reformen der staatlichen Steuerung und der Intervention in Richtung neoliberaler Standortpolitik sind eine inhaltliche Folie, auf der sich die politischen Trends und Prozesse bewegen.¹³

Zwischen Modernisierung und Konservatismus

Welche sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Entwicklungen korrespondieren mit den unterschiedlichen politischen Interessen, mit den neuen politischen Affinitäten, mit den Forderungen nach mehr Mitbestimmung ebenso wie mit dem diffusen Protest gegen das Establishment? In welchen Verschiebungen entstand der Raum für neue Parteien bzw. für Korrekturen im Parteiensystem und für neue Orientierungen der WählerInnen? Kurzum, was sind Erklärungen für die Trends in den Politikmustern?

Die politischen Dynamiken spielen sich vor dem Hintergrund von demografischen Veränderungen, sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Aufbrüchen ab. Auf wirtschaftlichem Gebiet haben Modernisierung und eine „neoliberale Vernunft“ der Flexibilisierung und Privatisierung Konjunktur¹⁴; in der Gesellschaft wird postmodernes Leben verortet¹⁵.

**Flexibilisie-
rung und
Privatisierung**

Im wirtschaftlichen Bereich sind die sektoralen Verschiebungen (vom Produktions- zum Dienstleistungssektor) sowie die Privatisierung der ehemals verstaatlichten Betriebe zu nennen. Das Profil der Arbeitsgesellschaft ebenso wie die Organisationsfähigkeit von Interessen hat sich gewandelt. Die Flexibilisierung und Deregulierung von Arbeitsverhältnissen, die Unsicherheit über den eigenen Arbeitsplatz und die Schwächen jener sozialen Sicherungssysteme, die primär auf Erwerbsorientierung basieren, machen individuell Angst und stellen die politische Steuerung vor neue Herausforderungen. Obwohl die österreichische

Arbeitslosenrate die zweitniedrigste im EU-Raum ist, entspannt sich in diesem Gesamtzusammenhang das Krisenbewusstsein, das sich in politischen Protest verwandelt, nicht.

Mit den Prozessen der Flexibilisierung im beruflichen Bereich, der Auflösung relativ homogener Klassenlagen, Sozialmilieus und Subkulturen korrespondieren Prozesse der Individualisierung und Pluralisierung des Lebens. Moderne Lebensstile machen Menschen unabhängiger von traditionellen Einbettungen. Familiäre Beziehungsmuster und traditionelle Geschlechterverhältnisse brechen auf. Der/die Einzelne gewinnt an Bedeutung; er bzw. sie steht vor zahlreichen Herausforderungen und gerät damit auch in Entscheidungszwänge.

Gleichzeitig ist weniger denn je klar, was Gemeinschaft zusammenhält, ob die sozialen Netze funktionieren, was in der schnelllebigen Zeit morgen sein wird. Ein Mehr an Möglichkeiten und Informationen geht einher mit einem Weniger an Durchschaubarkeit.¹⁶

Diese Bedingungen und Äußerungen der Moderne sind selbstverständlich keine österreichische Besonderheit. Auch ist die österreichische Politik aufgrund internationaler Verflechtungen und der Auseinanderentwicklung von Produktion und politischem Handeln zunehmend weniger in der Lage, politisch zu handeln. Trotzdem werden von der Politik vor Ort Antworten erwartet bzw. signalisieren die im Parteienwettbewerb stehenden politischen Kräfte, dass es Lösungen gebe.

**Modernisierung:
Gewinner –
Verlierer**

Die Modernisierung und deren Folgen und Facetten des Gewinnens und Verlierens werden zum direkten wie indirekten Angelpunkt politischer Parteien: Den einen geht die Modernisierung zu langsam, den anderen zu schnell bzw. in die falsche Richtung. Im Parteienwettbewerb treffen Positionen und Emotionen von RepräsentantInnen der ModernisierungsgewinnerInnen und ModernisierungsverliererInnen aufeinander. Offenheit und Durchlässigkeit einerseits und Abschottung der Gesellschaft andererseits formen neue Themenpräferenzen und Positionierungen (Zuwanderungsstopp, Pro und Kontra zur EU-Osterweiterung).¹⁷

Gegen die Angst vor wirtschaftlicher Modernisierung und vor Fragmentierung der Gesellschaft, der die Organisation von Interessen und das Gemeinschaftliche durch den Sozialstaat zunehmend abhanden kommt, werden gegenwärtig zwei auf Emotionen setzende Antworten versucht: ein verstärktes Politikangebot für die Familie und eine rhetorische Patriotismusoffensive.

Die forcierte Familienpolitik bzw. Familienrhetorik will einerseits eine wertkonservative Klientel befriedigen und eine ideologische Klammer für die Gemeinschaft anbieten. Die aktuelle Familienpolitik ist aber auch im Kontext des sozialstaatlichen Umbaus, d.h. der Veränderung der Leistungen und der Rolle des Staates, zu sehen: Einerseits wird der politische Rückzug von der Gestaltung der Bedingungen des Arbeitens und Wirtschaftens programmatisch verkündet, andererseits erfolgt eine verstärkte Anrufung des Staates im ideologisch-familiären Feld und in Law-and-Order-Agenden. In diesem Spannungsfeld steht eine Rekonstruktion traditioneller Geschlechterverhältnisse und Arbeitsteilungen in Aussicht.

Die politische Rede von der Wertschätzung der Leistungen der Familie sowie die Bezugnahme auf Familienmitglieder, das Ins-Bild-Bringen von Kindern und Ehefrauen hat auch die Funktion, *human touch* in die Vermittlung von Politik zu bringen. Der Verweis auf Familie will Entfernungen zwischen RepräsentantInnen und Repräsentierten überbrücken, zumindest eine künstliche Nähe zwischen Politik und Alltag produzieren.¹⁸

Österreich als Nation versus Österreich-national

Eine Reaktion auf destabilisierende, polarisierende Modernisierungsfolgen ist auch eine eher diffuse Bezugnahme auf Heimat und Patriotismus, die auf der Grundlage eines historisch mangelhaften österreichischen Nationalbewusstseins, vielleicht auch auf der alten Folie der Opfermythologie, instrumentalisiert wird.

Nach 1945 waren, angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit, die politischen Eliten bemüht, ein konstruktives, eigenständiges Österreich-Bewusstsein als Antithese zur Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis bzw. zur deutschen Volksgemeinschaft zu entwickeln. „Österreich“ und die Demokratie kamen von „Außen“ bzw. von „Oben“, für sie wurde vor Ort nicht gekämpft und gerungen. Es war daher ein Anliegen der politischen Eliten, dass Österreich von den ÖsterreicherInnen akzeptiert wird. Der Preis dieser kollektiven Österreich-Identität war die österreichische Lebenslüge, erstes Opfer des Nationalsozialismus gewesen zu sein.

**Österreichische
Lebenslüge**

Mitte der 1980er-Jahre, im Zuge der Waldheim-Debatte, äußerte sich lautstark das Österreich-Bewusstsein in seiner antisemitisch aufgeladenen Mentalität des „Wir-wählen-wir-wollen“. Die Anrufung des nationalen Bewusstseins wechselte das politische Lager: Für das Österreich-Bewusstsein plädieren seit den 1990er-Jahren jene politischen Kräfte, die bis dahin Österreich als Nation in Frage stellten und anstelle dessen die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis betonten. Nach der umstrittenen Äußerung des damaligen FPÖ-Obmannes Jörg Haider, wonach Österreich eine „ideologische Missgeburt“ (1988) sei, entdeckte die FPÖ den national getönten Österreich-Patriotismus.¹⁹ Im Volksbegehren „Österreich zuerst“ (1993) und in Wahlkämpfen, die die „Ausländerfrage“ emotionalisierten, erhielt das erstarkte Österreich-Bewusstsein die austro-nationalistische, ausgrenzende Schlagseite.

Die national-fundierte Konfliktlinie will die generelle Brüchigkeit kultureller Identitätsmuster und Verunsicherungen im Sog der Kulturen von Globalisierung aufgreifen bzw. erzeugen. „Österreich“ bzw. „wir Österreicher“ erfahren durch die Abgrenzung gegen Andere, gegen Fremde eine Erhöhung. Mentale Grenzziehungen ebenso wie die faktische Schließung von Grenzen vermitteln ein Gefühl der Zugehörigkeit und des Drinnen-Seins. Inklusion und Exklusion entlang der Kontrastierungen von „wir“ und „die Anderen“, von ÖsterreicherInnen und Nicht-ÖsterreicherInnen sind wahlentscheidende Spannungslinien und „Ausländer“ negativ emotionalisiertes Thema von Abstimmungen durch InländerInnen. Hergestellte Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und „Ausländern“ suggerieren einfache Erklärungen und Lösungen sozialer und ökonomischer Probleme.

Die FPÖ/ÖVP-Regierung

Beim Übergang zur blau-schwarzen Bundesregierung wurden Zeit bzw. Zeitgefühle zum Konstruktionselement des Politischen bzw. des Gefühls über das Politische. Gegen die Große Koalition von SPÖ und ÖVP spielte die Dauer, die Kontinuität, die Tatsache des Immer-Gleichen eine nicht unwesentliche Rolle. Dem Wechsel galt die Sympathie. Seither ist die Rasanz ein wesentliches Instrument des „neuen Regierens“: Ohne formellen Regierungsbildungsauftrag durch den Bundespräsidenten²⁰ wurde nach acht Tagen Regierungsgesprächen die blau-schwarze Regierung angelobt. Strukturelle Veränderungen werden mit großem Tempo forciert, der zeitintensive Kompromiss wird von terminierten Mehrheitsentscheidungen abgelöst (beispielsweise werden Initiativanträge von Abgeordneten, die prozedural kein außerparlamentarisches Begutachtungsverfahren vorsehen, gegenüber Regierungsvorlagen forciert).

Der 4. Februar 2000, der Tag der Angelobung der FPÖ/ÖVP-Regierung, hat das politische System der Zweiten Republik stark modifiziert. Er markiert den Bruch in der Konsenspolitik zwischen den ehemals beiden großen Lagern, dem sozialistischen und dem konservativ-christlichen. Der Konsens über Grundsätzliches und Traditionelles in der Zweiten Republik wurde damit auch auf der Ebene der Regierung und der „Nebenregierung“ Sozialpartnerschaft aufgekündigt. Österreich befindet sich seither in einer Phase des Übergangs, der Transformation politischer Muster und Spielregeln.

**Konsenspolitik
aufgebrochen**

Die FPÖ als bisher nicht zum eigentlichen Machtkartell gehörende Partei (mit Ausnahme der Zeit der Minderheitsregierung von 1983 bis 1986), sondern als Partei, die systemkritisch gegen die zentralen Einrichtungen des politischen Systems, insbesondere gegen die politischen Parteien, warb, ist Regierungspartei geworden.²¹ Diese neue Regierungskonstellation bedeutet weiters, dass erstmals seit dem Antrag auf Mitgliedschaft Österreichs bei der EU (1989) eine exponiert EU-kritische Partei Teil der österreichischen Bundesregierung ist.

Der 4. Februar 2000 machte die mangelnde Sensibilität Österreichs gegenüber der nationalsozialistischen Vergangenheit einmal mehr deutlich. Die österreichische Regierung ebenso wie Teile der politischen Öffentlichkeit begegnen der Kritik der EU-14 eher mit Unverständnis als mit der Bereitschaft, die historische Komponente dieser Maßnahmen einzubeziehen. Die außenpolitischen und europapolitischen Dimensionen des österreichischen Regierungswechsels sind deshalb nicht absehbar.

Dem 4. Februar 2000 folgte am 19. Februar 2000 eine Großdemonstration in Wien. Dieser Politisierungs- und Beteiligungsschub deutet auf einen zivilgesellschaftlichen Aufbruch der politischen Kultur hin. Veränderungen des Politischen sind folglich auch von der Partizipationsseite zu erwarten.

Hinsichtlich der Entaustrifizierung österreichischer Politik schließlich deutet die Stärke der FPÖ als national-konservative Partei eine neuerliche politische Austrifizierung an.

Sieglinde Rosenberger, Univ.-Prof. Dr.

studierte Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft, war bis 1998 Dozentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck und lehrt nun als Professorin an der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Theorie und Politik der Geschlechterverhältnisse, Demokratiepoltik, Österreichische Politik.

- 1 Vgl. Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien 1997.
- 2 Vgl. Pelinka, Anton/Weinzierl, Erika: Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit. Wien 1987.
- 3 Vgl. Wodak, Ruth u.a.: „Wir sind alle unschuldige Täter“. Diskurstheoretische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. Frankfurt am Main 1990; vgl. Charim, Isolde/Rabinovici, Doron (Hg.): Österreich. Berichte aus Quarantainen. Frankfurt a. M. 2000.
- 4 Plasser, Fritz/Seeber, Gilg/Ulram, Peter A.: Breaking the Mold: Politische Wettbewerbsräume und Wahlverhalten Ende der neunziger Jahre. In: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Sommer, Franz (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten. Wien 2000, S. 55–116.
- 5 Vgl. Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde: Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends. Wien 2000.
- 6 Vgl. Müller, Wolfgang C.: Wahlen und Dynamik des österreichischen Parteiensystems seit 1986. In: Plasser/Ulram/Sommer (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten. Wien 2000, S. 13–54, S. 23
- 7 Vgl. Plasser/Seeber/Ulram, Breaking the Mold.
- 8 Vom Außerordentlichen Bundesparteitag 1998 in Linz wurden folgende Änderungen des Bundesorganisationsstatuts/Satzungen der Freiheitlichen Partei Österreichs beschlossen: „§ 15 (4) Bei der Aufstellung der Kandidatenliste für Nationalratswahlen und Wahlen zum Europaparlament obliegt die Letztentscheidung dem Bundesparteiohmann. Bei Aufstellung von Landtagswahllisten hat der Landesparteiohmann mit dem Bundesparteiohmann das Einvernehmen herzustellen.“
- 9 Welan, Manfred: Demokratie auf österreichisch oder Die erstarrte Demokratie. Wien 1999, S. 80.
- 10 Plasser/Seeber/Ulram, Breaking the Mold, S.90.
- 11 Meyer, Thomas: Die Transformation des Politischen. Frankfurt am Main 1994
- 12 Der „Kampf“ um den ORF hinsichtlich der Besetzung des Kuratoriums und der Leitungsfunktionen ebenso wie Einrichtung eines Generalsekretärs/einer Generalsekretärin für den Informations- und Nachrichtenbereich erfährt vor diesem Hintergrund besondere Plausibilität. Vgl. profil vom 29. Mai 2000.
- 13 Vgl. Hanesch, Walter: Der Sozialstaat in der Globalisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 3. Dezember 1999, S. 3–10.
- 14 Vgl. Aiginger, Karl u.a.: Wieviel Staat, wieviel privat? Die zukünftige Rolle des Staates in Österreichs Wirtschaft. Wien 1998.
- 15 Vgl. Preglau, Max/Richter, Rudolf (Hg.): Postmodernes Österreich? Konturen des Wandels in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur. Wien 1998.
- 16 Vgl. Sennett, Richard: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin 1998.
- 17 Vgl. Palme, Imma: Issue-Voting: Themen und thematische Positionen als Determinanten der Wahlentscheidung. In: Plasser/Ulram/Sommer (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten. Wien 2000, S. 243–260.
- 18 Vgl. Meyer, Transformation S. 147
- 19 Vgl. Bailer-Galanda, Brigitte: Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik. Wien 1995.
- 20 Üblicherweise gab der Bundespräsident in der Zweiten Republik einen expliziten Auftrag zur Regierungsbildung.
- 21 Vgl. Schedler, Andreas: Die FPÖ unter Jörg Haider: Erfolgsbedingungen einer rechtspopulistischen Partei. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4, S. 649-664.

Literatur

Giddens, Anthony, Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt am Main 1999.
Longchamp, Claude: Die nationalkonservative Revolte in der Gestalt

der SVP. Eine Analyse der Nationalratswahlen 1999 in der Schweiz. In: Plasser/Ulram/Sommer (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten. S. 393-424.